

A1 Klimaschutz Energiewende

Gremium: Schreibgruppe
Beschlussdatum: 11.03.2019
Tagesordnungspunkt: 1. Programmkapitel

Text

1 Klimaschutz als kommunale Aufgabe
2 Klimaschutz beginnt vor Ort. Die Stadt Freiberg hat hier in den vergangenen
3 Jahren
4 schon Einiges in die Wege geleitet. Dazu zählt insbesondere das „Kommunale
5 Klimaschutz- und energiekonzept für die Stadt Freiberg/ Sachsen“, welches 2005
6 verabschiedet wurde.

7 Wir setzen uns für eine aktualisierte Fortschreibung des Konzeptes mit
8 ehrgeizigeren
9 Zielen ein. Dabei sollte sich Freiberg an anderen Städten orientieren und
10 wirksame
11 Maßnahmen übernehmen.

12 Viele Städte und Gemeinden in Deutschland haben das Thema Klimaschutz für sich
13 erkannt und sich im „Klimabündnis“ zusammengeschlossen. Wir setzen uns dafür
14 ein, dass die Stadt Freiberg diesem Klimaschutzbündnis beitrifft, effektive
15 Maßnahmen beschließt und letztlich auch umsetzt. Eine Auswertung und ein
16 Folgekonzept dessen steht bisher aus, um welche wir uns bemühen möchten.

17 Energiesparpotenziale nutzen
18 Die Stadt Freiberg hat vielfältige Möglichkeiten, ihren eigenen Energieverbrauch
19 zu
20 senken. Diese Maßnahmen haben neben dem Aspekt des Klimaschutzes auch das
21 Potenzial Strom- und Brennstoffkosten einzusparen.

22 Strom aus Photovoltaik zur Eigennutzung ist hierbei eine potenzielle Maßnahme.
23 Gerade für die städtische und öffentliche Einrichtungen ergibt sich hierbei die
24 Möglichkeit, tagsüber gewonnene Energie unmittelbar zu nutzen, da insbesondere
25 Behörden und Schulen in den sonnenintensiven Zeiten einen erhöhten Bedarf an
26 Energie aufweisen. Wir setzen uns dafür ein diese Potenziale zu nutzen und
27 Photovoltaikanlagen auf Dächern städtischer Gebäude möglichst auszubauen bzw.
28 neu zu schaffen.

29 Strom aus Erneuerbaren Energien
30 In Bezug auf Photovoltaikenergie sollte die Stadt Freiberg ein „Solar-Kataster“
31 schaffen, um Hauseigentümern schnell Antwort geben zu können, ob ihre Dächer für
32 Solaranlagen geeignet sind.

33 Daneben spielt die Windenergie eine entscheidende Rolle im Hinblick auf eine
34 echte
35 Energiewende. Viele Menschen stehen dieser Form der Energieerzeugung heute
36 skeptisch gegenüber. Die Sorgen der Menschen müssen ernst genommen werden,
37 wobei die Windenergie nicht generell abgelehnt werden sollte. Ein Ansatz ist,
38 bereits bestehende Anlagen durch ein sogenanntes „Repowering“ in ihrer Effizienz
39 deutlich zu erhöhen.

40 Weiterhin kann die Stadt Freiberg tätig werden, indem sie die finanziellen
41 Beteiligungen von BürgerInnen an der Errichtung von Wind- und Solaranlagen in
42 Form von Bürgerkraftwerken fördert. Eigene finanzielle Beteiligungsangebote für
43 BürgerInnen lässt diese an der Wertschöpfung partizipieren und senkt damit auch
44 deren persönliche Energiekosten.

45 Die Stadt sollte dem Beispiel der Gemeinde Oederan folgen und eine dezentrale
46 Energieversorgung bis hin zum Ziel der vollständigen Energieautarkie anstreben.

47 Energiearmut

48 Steigende Energiekosten können für einkommensschwache Familien zum Problem
49 werden. Diesbezüglich setzen wir uns dafür ein, die Kosten dauerhaft durch
50 Energieeinsparung anstatt durch Subventionen zu senken. Oft finden sich in
51 solchen

52 Haushalten veraltete Kühlschränke, Glühbirnen anstatt LEDs und andere
53 Energiefresser. Aufklärung und Investitionszuschüsse können hier zu großen und
54 nachhaltigen Energieeinsparfolgen führen, die dem Klimaschutz dienen, als auch
55 den Haushalt finanziell entlasten.

56 Die Stadt Freiberg kann als Eigentümer der Stadtwerke Freiberg Einfluss auf
57 deren

58 Handeln nehmen. Die Stadtwerke bieten bereits eine Energieberatung an, welche
59 wir

60 ausdrücklich unterstützen. Es sollte geprüft werden, ob diese Beratung ausgebaut
61 werden kann. Haushalte, welche Probleme haben ihre regelmäßigen Stromkosten zu
62 bezahlen, sollen gegebenenfalls zusätzliche Beratung über ihren Verbrauch und
63 Einsparpotenziale erhalten.

A2 Umwelt-, Natur- und VerbraucherInnenschutz

Gremium: Schreibgruppe
Beschlussdatum: 11.03.2019
Tagesordnungspunkt: 1. Programmkapitel

Text

- 1 Stadtgrün erhalten und damit Artenvielfalt bewahren
- 2 Mit seiner überschaubaren Größen, den großen stadtnahen Wäldern und einer
- 3 attraktiven Innenstadt hat Freiberg eine besondere Chance sich als Umweltstadt
- 4 zu
- 5 entwickeln. Dazu tragen wir bei und werden damit eine Verbesserung der
- 6 Lebensqualität aller BürgerInnen der Stadt erreichen.

- 7 Die Bauleitplanung ist hierbei ein wichtiges Instrument um die Weichen für eine
- 8 ökologische Aufwertung der städtischen Bau- und Grünflächen festzusetzen.
- 9 Weitere
- 10 Flächenversiegelung muss gestoppt werden. Die Wiedernutzung und
- 11 Mehrfachnutzung von bereits versiegelten Flächen ist der Neuversiegelung
- 12 grundsätzlich vorzuziehen. Auch die Begrünung von Dächern und Fassaden kann als
- 13 Ausgleich und Klimapuffer dienen.

- 14 Bei der Grünpflege müssen Konzepte der Stadtökologie zur Entwicklung der
- 15 Artenvielfalt angewandt werden. Den Einsatz von chemischen
- 16 Unkrautbekämpfungsmitteln im Stadtgebiet lehnen wir strikt ab. Dieser muss
- 17 weiterhin verboten bleiben. Bäume müssen erhalten bleiben und Kahlschlag muss
- 18 vermieden werden. Dem vorgeschobenen Argument der Wegesicherung muss mit
- 19 Baumpflege begegnet werden. Baum- und Grünflächen-Patenschaften sind als
- 20 wichtiges Mittel für ehrenamtliches Engagement im Naturschutz zu unterstützen.

- 21 Kindergärten, Schulen und alle öffentliche Gebäude müssen ökologisch gebaut und
- 22 saniert werden. Das Thema Umweltschutz muss in den Schulen stärker thematisiert
- 23 und am praktischen Beispiel gelebt werden, um das Bewusstsein für ökologische
- 24 Verantwortung bei Kindern und Jugendlichen nachhaltig zu steigern.

- 25 Wir möchten den Obermarkt in den Sommermonaten temporär begrünen. Dies kann
- 26 mittels portabler Kübel mit mittelgroßen Bäumen geschehen. Grünflächen schaffen
- 27 ein besseres Klima in der Stadt und verringern hohe Temperaturen. Wir sprechen
- 28 uns deshalb für die Schaffung grüner Oasen in der Innenstadt aus. Besonders
- 29 sollte
- 30 dies bei der anstehenden Sanierung des Untermarktes berücksichtigt werden.

- 31 Wasser ist ein kostbares Gut
- 32 Wasser in Trinkwasserqualität sollte nur für seinen Bestimmungszweck genutzt
- 33 werden. Wir setzen uns außerdem dafür ein, dass der Einsatz von Streusalz
- 34 deutlich
- 35 kontrollierter und eingeschränkter von statten geht. Es belastet das Grund- und
- 36 Oberflächenwasser, zudem schadet es dem Straßengrün und der angrenzenden
- 37 Bausubstanz.

- 38 Hochwasserschutz für Freiberg
- 39 Der Hochwasserschutz muss vorsorgende als auch technisch-abwehrende
- 40 Maßnahmen umfassen. Flüsse benötigen Raum, Überflutungsflächen sind hierfür frei

41 zu halten. Die Neuversiegelung muss im Stadtgebiet drastisch eingeschränkt
42 werden. In Überschwemmungsgebieten darf es keine weitere Bebauung geben und
43 Ausnahmegenehmigungen dürfen nur bei begründetem höherem öffentlichem
44 Interesse erteilt werden.

45 Lärmschutz und gesündere Luft

46 Lärm schadet nachweislich der Gesundheit. Aus diesem Grund sprechen wir uns für
47 eine deutliche Reduzierung des motorisierten Individualverkehrs in der Stadt aus
48 und

49 setzen auf Fuß, Rad und öffentlichen Nahverkehr. Wir treten für lärmindernde
50 Maßnahmen ein, wie ein innerstädtisches Tempolimit, autofreie Zonen,
51 Flüsterasphalt und deutlich mehr schallschluckende Gehölzpflanzung wie Hecken
52 und Bäume an Straßen.

53 Die Belastung der Freiburger Luft mit Feinstaub und anderen Schadstoffen ist zu
54 einem hohen Anteil dem Kraftfahrzeugverkehr anzulasten. Die bisher einzige
55 Messstation befindet sich an der Ehernen Schlange, dies ist unzureichend. Wir
56 sprechen uns für Messungen an verschiedenen Standorten in der Stadt aus.
57 Außerdem befürworten wir die Anschaffung eines mobilen Messgerätes. Deshalb
58 sollte vom Stadtrat ein Luftreinhalteplan beschlossen und konsequent umgesetzt
59 werden.

60 Abfall – weniger ist mehr

61 Oberstes Ziel muss Abfallvermeidung sein, keine teuren technischen Lösungen zur
62 Abfallbeseitigung. Um eine für alle BürgerInnen zugängliche und bequeme
63 Entsorgung von Wertstoffen wie kleinteiligen Elektroschrott, defekten

64 Leuchtmitteln

65 oder Altbatterien zu ermöglichen muss ein praktikables Entsorgungskonzept für
66 diese

67 Dinge erstellt werden, damit diese nicht wie bisher zu großen Teilen im

68 Restabfall

69 landen. Zusätzlich zum bestehenden Wertstoffhof sollen dezentrale Annahmestellen
70 geschaffen werden.

71 Daneben streben wir die Schaffung eines einheitlichen Mehrwegsystems für den
72 Getränkeausschank in der Stadt an.

73 Gesunde Ernährung – bio, fair und regional

74 Biologische, regionale und saisonale Ernährung ist ein wesentlicher Beitrag zum
75 Umwelt- und Gesundheitsschutz. Die Stadt muss bei der Versorgung mit

76 Lebensmitteln Vorbild sein und regionale, saisonale und nach Möglichkeit Bio-

77 Lebensmittel in den Kantinen und bei städtischen Veranstaltungen anbieten.

78 Freiberg ist Fair-Trade-City und soll diesen Status weiterhin erhalten. Wir
79 streben

80 eine Erhöhung der Teilnehmerzahl an diesem Projekt an.

A3 Sport

Gremium: Schreibgruppe
Beschlussdatum: 11.03.2019
Tagesordnungspunkt: 1. Programmkapitel

Text

- 1 Sport tut Freiberg gut
- 2 In Freiberg kann man mehr als dreißig Sportarten in Vereinen nachgehen. Die
- 3 Sportvereine tragen damit zur Gesundheitsvorsorge, zum sozialen Zusammenhalt,
- 4 zur Begegnung und Verständigung in Freiberg bei und leisten damit einen
- 5 unschätzbaren Beitrag für das Gemeinwohl.
- 6 Wir bekennen uns zu einer ausgewogenen Förderung von Freizeit- und Breitensport.
- 7 Deswegen unterstützen wir auch weiterhin eine finanzielle Förderung der
- 8 Sportvereine und möchten Vereinen damit mehr Gestaltungsspielräume geben.
- 9 Wir machen uns insbesondere stark für eine gezielte Förderung der ehrenamtlichen
- 10 Sportarbeit, die vorrangige Förderung des Kindes- und Jugendsports und die
- 11 spezielle Förderung von inklusiven Sportarten für alle.
- 12 Sport findet nicht nur in Vereinen statt, deswegen fordern wir die Entwicklung
- 13 von
- 14 wohnortnahen Bewegungsräumen wie Laufstrecken, Sportspielplätzen,
- 15 Fahrradwegnetzen und Bolzplätzen. Das kann auf einfache und
- 16 landschaftsverträgliche Weise geschehen und ist mit relativ geringen
- 17 Betriebskosten
- 18 oder auch im selbstverwalteten Betrieb möglich. Bei allen Sportplanungen legen
- 19 wir
- 20 besonderen Wert auf die Belange der Barrierefreiheit.

A4 Sozialpolitik

Gremium: Schreibgruppe
Beschlussdatum: 11.03.2019
Tagesordnungspunkt: 1. Programmkapitel

Text

- 1 Zentrale Aufgabe GRÜNER Sozialpolitik ist die Integration aller
- 2 Bevölkerungsgruppen in die Stadtgesellschaft.
- 3 Kommunale Sozialpolitik muss daher vielfältige Hilfen und flexible Angebote
- 4 bieten.
- 5 Soziale Probleme
- 6 Wir fordern daher neben der jetzt schon möglichen Beitragsbefreiung für die
- 7 Betreuung von Kindern aus einkommensschwachen Familien eine konsequente
- 8 Befreiung von Beiträgen für Mahlzeiten in den Einrichtungen.
- 9 Angebote in den Quartieren wollen wir ortsnah und möglichst unbürokratisch
- 10 gestalten. Dies betrifft z.B. Ferienprogramme für Kinder und Jugendliche oder
- 11 Beratungsangebote (Erziehung, Gesundheit, Finanzen etc.).
- 12 Wir fordern eine Ausweitung des Beratungsangebots durch Präventionsfachstellen.
- 13 Wir wollen die bestehenden Beratungsstrukturen und sozialen Dienste in der Stadt
- 14 stabilisieren und sichern.
- 15 Menschen mit Behinderung – konsequente Einbeziehung, Barrierefreiheit und
- 16 Inklusion
- 17 Wir fordern ein barrierefreies Freiberg, dies bedeutet Barrieren konsequent
- 18 abzubauen. Wir wollen die Barrierefreiheit und das schwellenlose Bauen und
- 19 Sanieren praktizieren und fördern.
- 20 Wir fordern die konsequente Einbeziehung des Behindertenbeirats in städtische
- 21 Abläufe und Entscheidungsprozesse und Berücksichtigung seiner Anliegen sowie
- 22 aufgabengerechte finanzielle Ausstattung. Unser Ziel ist es, Inklusion auf allen
- 23 Ebenen zu leben und Begegnungsmöglichkeiten
- 24 zwischen Menschen mit und ohne Behinderung zu schaffen und zu fördern.
- 25 Alt werden in Freiberg
- 26 GRÜNE Politik ist auch Politik für SeniorInnen. Wir wollen, dass alte Menschen
- 27 möglichst lange in ihrer vertrauten Umgebung leben können, auch wenn sie
- 28 körperlich beeinträchtigt, auf Pflege angewiesen oder an Demenz erkrankt sind.
- 29 Wir fordern bei der Bestandssanierung und beim Bau neuer Wohnanlagen auf
- 30 barrierefreie Standards zu setzen, sowie die Prüfung der Auflage eines
- 31 ‚Freiberger Förderprogramms für seniorengerechtes Bauen‘. Wir unterstützen die
- 32 Förderung neuer Wohnformen für Ältere (gemeinschaftliche Wohnprojekte,
- 33 Mehrgenerationenwohnen, ambulant betreute Wohngemeinschaften), sowie die
- 34 Einführung eines Quartiersmanagers für die Steuerung und Planung in Stadtteilen
- 35 und Ortschaften. Wir wollen den Auf- und Ausbau von Pflegewohnungen
- 36 unterstützen, sowie den Ausbau von ambulant betreuten Demenz-Wohngemeinschaften

- 37 durch kommunale Anschubförderung verstärken. Unser Ziel ist die Erreichung einer
38 attraktiven Mobilität für ältere Menschen.
- 39 Im Zentrum GRÜNER Pflegepolitik steht der Ansatz, den Menschen ein möglichst
40 selbstbestimmtes Leben auch bei Pflegebedürftigkeit oder Demenz zu ermöglichen.
- 41 Wir fordern die Absicherung und den bedarfsgerechten Ausbau der
42 gemeinwesenorientierten Fachberatungsstellen für SeniorInnen zur Beratung und
43 Vermittlung von Hilfen. Wir wollen Sorge für demente Bürger durch den weiteren
44 Ausbau von unterschiedlichen Maßnahmen zur Tagesbetreuung tragen.

A5 Finanzhaushalt – verständlich, verantwortlich und demokratisch

Gremium: Schreibgruppe
Beschlussdatum: 11.03.2019
Tagesordnungspunkt: 1. Programmkapitel

Text

1 Die FreiburgerInnen zahlen Steuern, Gebühren und Abgaben an die Stadt.
2 Transparenz und Beteiligung auch in der Haushaltspolitik ist für uns deshalb
3 eine Selbstverständlichkeit. Wir wollen in der nächsten Wahlperiode erreichen,
4 dass der städtische Haushalt möglichst detailliert und vollständig für jeden
5 BürgerIn über das Internet verfügbar ist. Wir stehen für eine solide
6 Haushaltspolitik, größere Projekte sind jedoch oft nur durch Kreditaufnahmen
7 realisierbar, hier muss dann ggf. genau abgewogen werden.

8 Bürgerhaushalt – Mitbestimmung nur für BürgerInnen:

9 BürgerInnen sollen mit Hilfe geeigneter Werkzeuge gehört werden und bei der
10 Priorisierung von Ausgaben und Einsparmaßnahmen mitreden können. Deswegen wollen
11 wir in der nächsten Wahlperiode die Möglichkeiten der Einflussnahme für
12 BürgerInnen im sogenannten „Bürgerhaushalt“ erweitern. Über die Verwendung von
13 1% der Haushaltsmittel sollte von den BürgerInnen direkt entschieden werden
14 können, ohne ein Vorschlagsrecht der Stadtverwaltung. Um dabei eine breitere
15 thematische Streuung der Mittel sicherzustellen, sollte nur eine Maßnahme pro
16 Themengruppe wählbar sein. Mögliche Themengruppen könnten dabei zum Beispiel
17 Soziales, Kultur, Verkehr etc. sein. Wir wollen dass zukünftig jeweils nach
18 einem Jahr eine öffentliche Evaluierung der Ergebnisse durchgeführt wird, damit
19 die Wirksamkeit der Abstimmungsergebnisse nachvollziehbar wird.

20 Divestment – Geld ökonomisch UND ökologisch sinnvoll anlegen:

21 Viele große Kapitalanleger ziehen seit geraumer Zeit ihr Geld aus den fossilen
22 Energieträgern ab, da diese im Zuge der notwendigen Energiewende in naher
23 Zukunft nicht mehr profitabel sein werden. Gleichzeitig wird durch die
24 Investition in regenerative Techniken die Energiewende unterstützt und im
25 Idealfall durch die richtige Auswahl der Betriebe der technische Vorsprung der
26 einheimischen Industrie gestärkt. Wir wollen, dass auch Freiberg vorhandenes
27 Kapital und ggf. Haushaltsüberschüsse unter diesen Gesichtspunkten anlegt und
28 damit in die Zukunft unserer Gesellschaft investiert.

A6 Bildung eröffnet Zukunft

Gremium: Schreibgruppe
Beschlussdatum: 11.03.2019
Tagesordnungspunkt: 1. Programmkapitel

Text

1 Von Bildung hängen nicht nur die Chancen des Einzelnen ab, sondern auch die
2 Entwicklungsperspektiven unserer gesamten Gesellschaft. Bildung ist der
3 Schlüssel für ein Leben in Selbstbestimmung, Selbstverantwortung und für die
4 freie Entfaltung der Persönlichkeit, sowie die Teilhabe am gesellschaftlichen
5 Leben.

6 Der Zugang zu Bildung sollte daher allen Menschen jederzeit offenstehen. Er darf
7 nicht an Herkunft, Geschlecht, Alter, nicht an Milieu, Lebensumständen und nicht
8 am Geldbeutel der Eltern scheitern.

9 Gerade in Deutschland haben Kinder und Jugendliche aus unterschiedlichen
10 Elternhäusern unterschiedliche Bildungschancen. Nach wie vor entscheidet vor
11 allem die soziale Herkunft über Bildungschancen, Bildungsteilhabe und
12 Bildungserfolg. Bildungsarmut wird vererbt. Wir aber wollen kein Kind, keinen
13 Jugendlichen zurücklassen.

14 Die gesetzlichen und finanziellen Rahmenbedingungen werden beim Thema Bildung
15 hauptsächlich auf der Landesebene gestaltet. Die Stadt Freiberg sollte sich aber
16 energisch dafür einsetzen, diese Rahmenbedingungen zu verbessern. Dazu gehört
17 insbesondere eine angemessene Finanzierung der Bildung in den Kindertagesstätten
18 und Schulen, sowie die angemessene Unterstützung dieser Einrichtungen bei der
19 Inklusion von Zuwanderern und Geflüchteten.

20 Moderne Pädagogik

21 Wir setzen uns für Vielfalt im Bildungssystem ein. Sowohl die kommunalen
22 Kindertageseinrichtungen und die staatlichen Schulen, als auch die
23 entsprechenden Einrichtungen in freier Trägerschaft, brauchen stabile
24 Rahmenbedingungen und eine ausreichende Finanzierung.

25 Inklusion und Integration statt Ausgrenzung

26 Wir setzen uns dafür ein, die Inklusion von Kindern und Jugendlichen mit
27 Handicap und die Integration von Zuwanderern und Geflüchteten in allen
28 Kindertagesstätten und Schulen in Freiberg tatsächlich lebbar zu machen, indem
29 ausreichende finanzielle und organisatorische Rahmenbedingungen für die Aufnahme
30 dieser Kinder und Jugendlichen geschaffen werden. Dabei sind die Vorgaben der
31 UN- Menschenrechtskonvention und der UN- Behindertenrechtskonvention
32 selbstverständlich zu beachten. Die Stadt muss sich hierfür messbare Ziele
33 setzen und gegebenenfalls eine angemessene finanzielle und personelle
34 Unterstützung bei den Landkreis- und Landesbehörden einfordern.

35 Lebenslanges Lernen

36 Bildung endet nicht mit der Volljährigkeit. In einer sich schnell verändernden
37 Gesellschaft ist es für jeden Menschen wichtig, sich auch im Erwachsenenalter
38 immer wieder weiterbilden und -entwickeln zu können. Insbesondere gilt dies für
39 die erschreckend hohe Anzahl sogenannter funktionaler Analphabeten, die im
40 komplexen Alltag oft überfordert sind. Auch Zuwanderer und Geflüchtete im
41 Erwachsenenalter benötigen für eine gelingende Integration passende Bildungs-
42 und Weiterbildungsangebote. Wir setzen uns für gezielte Angebote für diese
43 Personengruppen ein. Wir befürworten eine Angebotsvielfalt aller Bildungsträger
44 in Freiberg, die auch nicht unmittelbar ökonomisch verwertbare Bildungsangebote
45 (z.B. Sprachen, Kunst, Musik) umfasst. Hierfür sind die Volkshochschule und das
46 Freiburger Kolleg wichtige Partner, die es bei der Umsetzung zu unterstützen
47 gilt. Bei Bedarf wollen wir im Stadtgebiet weitere Räumlichkeiten in städtischen
48 Immobilien für Fortbildungsangebote zur Verfügung stellen.

49 TU Bergakademie Freiberg

50 Die TU Bergakademie ist für viele FreiburgerInnen der Grund aus dem sie in
51 unsere Stadt gezogen sind, sei es als Studierende oder als MitarbeiterInnen. Sie
52 ist nicht nur eine traditionsreiche Lehr- und Forschungsstätte von weltweit
53 hervorragendem Ruf, sondern wir sehen vor allem auch ihr Potenzial als
54 Innovationstreiberin. Wirtschaftliche Initiativen, wie zum Beispiel
55 Ausgründungen von Projekten als Startups, bergen große Chancen für unsere Stadt
56 und die Region Mittelsachsen insgesamt.

57 Die Stadt Freiberg und ihre VertreterInnen sollten daher eng mit der
58 Bergakademie zusammenarbeiten und sie, wo immer sinnvoll möglich, bei ihren
59 Anliegen unterstützen.

60 Insbesondere für die Studienwerbung wäre hier das Angebot eines Kultur-Semester-
61 Tickets sinnvoll, da es den Studierenden einen neuen Zugang zu ihrem Studienort
62 eröffnen und dessen Attraktivität steigern würde. Auch eine enge Verzahnung der
63 Stadt mit der Bergakademie im sozio-kulturellen Bereich und bei Veranstaltungen
64 würden als „weiche Standortfaktoren“ die Attraktivität unserer Stadt als
65 Universitätsstandort weiter steigern.

A7NEU Mobilität für alle – ökologisch UND ökonomisch sinnvoll gestalten

Gremium: Schreibgruppe
Beschlussdatum: 11.03.2019
Tagesordnungspunkt: 1. Programmkapitel

Text

1 Die wichtigsten Formen der innerstädtischen Mobilität sind das zu Fuß gehen, das
2 Fahrradfahren und gute Angebote des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) zu
3 günstigen Fahrpreisen. Das Auto verbraucht in der Stadt unangemessen viel
4 Verkehrsraum und vermindert mit Verbrennungsmotor zusätzlich durch
5 Abgasemissionen und Lärm die Lebensqualität.

6 Ausgangslage:

7 Als wichtiges Mittelzentrum für Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung ist die
8 Kreisstadt Freiberg zwischen Dresden und Chemnitz besonderen Herausforderungen
9 im innerstädtischen Verkehr ausgesetzt. In der Stadt kreuzen sich die beiden
10 wichtigsten Bundesstraßen der Region, die B101 und die B173, was zu vielfältigen
11 Belastungen der AnwohnerInnen führt. Fuß- und Radwegenetz sind häufiger
12 lückenhaft und in schlechtem baulichen Zustand, auch fehlen teilweise wichtige
13 Querungsmöglichkeiten an Hauptstraßen (Kreuzung B101/B173 auf der Südseite u.
14 Albertpark/Schlossplatz).

15 Umgehungsstraße:

16 Ob und gegebenenfalls wann es zum Bau der geplanten Umgehungsstraße kommen wird
17 ist derzeit völlig offen. Daher wollen wir in der Zwischenzeit alle anderen
18 Möglichkeiten zur Minderung der Verkehrsbelastung ergreifen, die in der
19 Zuständigkeit der Stadtverwaltung liegen. Die derzeit geplante Trassenführung
20 durch den Stadt- und Hospitalwald lehnen wir in jedem Fall ab, da sie ein
21 wichtiges Naherholungsgebiet nachhaltig zerstören würde.

22 Sinnvolle Maßnahmen zur Verbesserung der Lage:

23 Aus unserer Sicht ist daher der Quell- und Zielverkehr die entscheidende
24 Herausforderung im Stadtgebiet, d.h. Verkehr der sich nur innerhalb der Stadt
25 bewegt, bzw. Verkehr dessen Fahrtziel innerhalb der Stadt liegt.

26 Zur Reduzierung dieses individuellen, motorisierten Verkehrsaufkommens wollen
27 wir die Attraktivität der innerstädtischen Verkehrswege, sowie die Anbindung der
28 Kommunen rund um Freiberg für RadfahrerInnen und FußgängerInnen deutlich
29 verbessern und die Fahrtrouten und Taktzeiten des ÖPNV noch bedarfsgerechter
30 gestalten. Auch die Einführung von s.g. Mitfahrbänken wollen wir erreichen und
31 uns für den Zusammenschluss der Verkehrsverbände in Mittelsachsen und Dresden
32 einsetzen.

33 Ziel muss es sein, möglichst viele FreiburgerInnen zum freiwilligen Umstieg auf
34 andere Verkehrsmittel zu bewegen und das eigene Auto stehen zu lassen. Gerade
35 die deutliche Zunahme von E-Bike-Verkäufen stellt für eine Bergstadt wie
36 Freiberg die ideale Lösung im Nahverkehr dar. Um das zu erreichen, wollen wir
37 das Verkehrskonzept, das die Stadt erstellen ließ, endlich umsetzen und
38 entsprechend den Ergebnissen und Empfehlungen der durchgeführten Verkehrszählung
39 gegebenenfalls ergänzen.

40 Als Unterstützung der Stadtverwaltung steht dafür seit Jahren die AG Rad
41 Freiberg und inzwischen auch eine Ortgruppe des „Allgemeinen deutschen
42 Fahrradclubs“ (ADFC) zur Verfügung, die intensiver in die Planungen eingebunden
43 werden sollten. Auch sollte die Stadt Freiberg Mitglied in der jetzt endlich
44 auch in Sachsen gegründeten „Arbeitsgemeinschaft fahrradfreundlicher Städte“
45 (AGFS Sachsen) unter Führung des ADFC Sachsen werden, um das dort vorhandene
46 Fachwissen in der Verkehrsraumgestaltung ebenfalls nutzen zu können.

47 Das städtische Budget für Instandhaltung und Neubau von Verkehrswegen wollen wir
48 gleichmäßig auf Auto-, Rad- und Fußgängerwege verteilen, bei Letzteren mit
49 besonderem Augenmerk auf die Barrierefreiheit der Wege und der Einrichtung von
50 Zebrastreifen an besonders frequentierten Straßenübergängen ohne Fußgängerampel.

51 Eine deutliche Zunahme des Rad- und Fußverkehrs könnte auch die Attraktivität
52 der Innenstadt als Einkaufs- und Aufenthaltsort während der Freizeit deutlich
53 erhöhen und bietet damit konzeptionell eine vielversprechende Aussicht für den
54 Einzelhandel, die Gastronomie und auch die AnwohnerInnen. Wir streben
55 langfristig die Umgestaltung des Altstadtkerns nach dem Konzept des ‚Shared
56 Space‘ (Spielstraße) an, so dass alle VerkehrsteilnehmerInnen gleichberechtigt
57 den vorhandenen Platz nutzen können. Dadurch würde der Lärmpegel sinken und die
58 Aufenthalts- und Wohnqualität erheblich steigen. Als Übergangslösung wäre auch
59 die Einführung einer Tempo 20 Zone, wie in der Poststraße, ein Schritt in die
60 richtige Richtung.

61 Ein weiterer wichtiger Punkt ist die Förderung von Carsharing- und Fahrrad/ E-
62 Bike-Verleihstationen im Stadtgebiet. AnwohnerInnen die sich gegen ein eigenes
63 Auto vor der Haustür entscheiden, sollen so die Möglichkeit haben, sich bei
64 Bedarf standortnah eines zu leihen. Verleih- und Ladestationen für E-Bikes
65 würden die Popularität dieses schnellen und umweltschonenden Mobilitätskonzepts
66 für den Stadtverkehr fördern. Auch den städtischen Fuhrpark wollen wir, wo immer
67 möglich, auf Elektroantrieb umstellen und eine Testphase für E-Lastenräder im
68 Altstadtkern durchführen.

69 Für den Anteil des verbleibenden Durchgangsverkehrs muss der Verkehrsfluss, bei
70 gleichmäßig niedrigem Tempo, möglichst staufrei durch das Stadtgebiet geführt
71 werden. Kreisverkehre und die Einführung einer ‚Grünen Welle‘ auf den
72 Bundesstraßen im Stadtgebiet könnten hier deutliche Entlastung bringen. Auch
73 sollte die Wallstraße (Abschnitt der B101) zur Minderung der Lärm- und
74 Abgasemissionen auf Tempo 30 begrenzt werden. Auch hier wollen wir das Gespräch
75 mit der höheren Verkehrsbehörde suchen, um die Belastung für die Anwohner zu
76 senken und die Lebensqualität für alle Bewohner und Besucher der Stadt zu
77 erhöhen.

78 Wir wollen auch dafür sorgen, dass Zuwanderern und Geflüchteten generell eine
79 kurze Einweisung in die deutsche Straßenverkehrsordnung und die Nutzung des ÖPNV
80 angeboten wird, was auch ihnen eine gefahrlose Teilhabe an Mobilität und Verkehr
81 ermöglichen würde.

A8 Gleichberechtigung zwischen den Geschlechtern

Gremium: Schreibgruppe
Beschlussdatum: 11.03.2019
Tagesordnungspunkt: 1. Programmkapitel

Text

1 Die Gleichstellung aller Geschlechter ist für uns GRÜNE eine zentrale
2 Gerechtigkeitsfrage. Wir setzen uns daher dafür ein, dass alle Menschen gleiche
3 Rechte und gleiche Chancen haben. Wir wollen, dass alle auf gleicher Augenhöhe
4 miteinander umgehen. Alle Menschen haben unterschiedliche Lebensbedingungen,
5 Ansprüche und Bedürfnisse. Die Wahrnehmung und Reaktion auf diese Unterschiede
6 unter den Leitziele von Gleichstellung und gleicher Teilhabe für alle
7 Geschlechter muss daher integraler Bestandteil aller Politikbereiche der Stadt
8 Freiberg sein.

9 Schutz vor Gewalt

10 Gewalt gegen Frauen und Mädchen ist immer noch ein großes gesellschaftliches
11 Problem. Nach wie vor sind vor allem Frauen Opfer sexualisierter und häuslicher
12 Gewalt, dies auch in Freiberg. Gewalt an Frauen muss wirksam begegnet werden und
13 Opfer häuslicher Gewalt müssen unterstützt werden. Das Freiburger
14 Frauenschutzhaus ist daher in seiner Existenz und in seiner personellen wie
15 finanziellen Ausstattung zu sichern. In der Prävention wollen wir z.B. Anti-
16 Gewalt-Trainings an Kindergärten, Schulen und Jugendeinrichtungen unterstützen.

17 Gleichstellung für Schwule, Lesben, Bisexuelle, Transgender und Intersexuelle

18 Besonders in kleineren Städten wie Freiberg haben besonders junge Menschen immer
19 noch Probleme sich selbst über ihre Geschlechter-Rolle und sexuelle Orientierung
20 klar zu werden und auch offen dazu stehen zu können. Wir wollen, dass in unserer
21 Stadt jede und jeder leben, lernen und arbeiten kann und dabei keiner
22 Diskriminierung ausgesetzt ist. Leider herrscht gerade an Schulen oft ein
23 feindliches Klima gegenüber Jugendlichen, die nicht den bestehenden Normen
24 entsprechen.

25 Wir fordern daher, dass alle Schulen in unserer Stadt eine Coming-Out-
26 AnsprechpartnerIn benennen, die/ der SchülerInnen bei ihrer Selbstfindung
27 unterstützt und damit das Thema an den Schulen zur Normalität macht.
28 Eingetragene Lebenspartnerschaften sollen endlich als gleichberechtigte und
29 reale Partnerschaftsform neben der klassischen Ehe auch in den amtlichen
30 Formularen und dem allgemeinen Sprachgebrauch Berücksichtigung finden. Deswegen
31 fordern wir, die städtischen Satzungen konsequent zu überprüfen und Rechte und
32 Pflichten, die EhepartnerInnen und der Ehe zustehen auf LebenspartnerInnen und
33 Lebenspartnerschaften zu erweitern.

A9 Wirtschaft & Arbeitsmarkt

Gremium: Schreibgruppe
Beschlussdatum: 11.03.2019
Tagesordnungspunkt: 1. Programmkapitel

Text

1 Der Wirtschaftsstandort Freiberg ist geprägt durch eine lange Tradition im
2 Bergbau und in der Verhüttung der geförderten Erze. Mit dem wirtschaftlichen
3 Ende dieses Erbes übernahm vor allem die Industrie des Rohstoffrecyclings und
4 der Halbleiterindustrie dessen wichtige Rolle. Wirtschafts- und Arbeitswelt sind
5 also geprägt durch den hohen Anteil des produzierenden Gewerbes mit
6 Schwerpunkten in den Bereichen Halbleitertechnik, Wertstoffrecycling und
7 Umwelttechnologie ohne die Bedeutung eines modernen, innovativen
8 Dienstleistungssektors im Zeitalter des stattfindenden Wandels zu vergessen.

9 Das ist die Basis einer hohen Lebensqualität für die hier wohnenden und
10 arbeitenden Menschen. Diese Grundlagen gilt es zu stärken und auszubauen.

11 Regionale Wirtschaftsförderung und Schwerpunktsetzung

12 Kommunale und regionale GRÜNE Wirtschaftspolitik will die Vorteile und
13 Potentiale des gesamten Wirtschaftsraums in Mittelsachsen nachhaltig nutzen und
14 weiterentwickeln. Wir GRÜNE begreifen Wirtschaftsförderung als regionale
15 Aufgabe, die gemeinsam mit den umliegenden Städten und Gemeinden organisiert
16 werden soll. Dazu muss eine gezielte aber nachhaltige Wirtschaftsförderung
17 weiter ausgebaut werden.

18 Die Kultur- und Kreativwirtschaft kann in Freiberg ein bedeutender
19 Wirtschaftsfaktor werden, der Arbeitsplätze schafft und aktiv zur Wertschöpfung
20 beiträgt. Doch die Rahmenbedingungen für die in der Regel sehr kleinen
21 Unternehmen müssen verbessert werden. Freiberg ,bietet darüber hinaus, durch die
22 TU Bergakademie Freiberg ein erhöhtes Potential für technische
23 Unternehmensgründungen. Deshalb muss sich die städtische Wirtschaftsförderung
24 verstärkt um diese Wirtschaftsbereiche kümmern und eine eigene Anlaufstelle
25 dafür schaffen um Meschen in diesem Bereich bei Amtsgängen und Formalia zu
26 unterstützen.

27 Flächensparen und Stadtentwicklung

28 Der auf hohem Niveau liegende Flächenverbrauch, d.h. die Inanspruchnahme von
29 Böden für Siedlung, Gewerbe und Verkehr, ist auch in Freiberg eine der größten
30 Herausforderungen für die Umweltpolitik. Der sparsame Umgang mit Grund und Boden
31 und die Verringerung des Flächenverbrauchs sind wesentliche Bestandteile einer
32 nachhaltigen Entwicklung. Im städtischen Handlungsprogramm Nachhaltigkeit muss
33 in einer Leitlinie festgelegt werden, dass Freiberg seinen Flächenverbrauch
34 minimiert, Flächen aufwertet und Bodenqualität schützt durch Maßnahmen wie z.B.
35 Entsiegelung, Ausweisung von Ausgleichsflächen, Nachverdichten von
36 Bebauungsplänen und Schutz von Naturräumen. Hierbei ist es auch unser Ziel
37 leerstehende Gebäude wieder einer Nutzung zuzuführen. Es ist nicht hinnehmbar,
38 dass die Stadt über Jahrzehnt hinweg ihren Verpflichtungen zum
39 Eingriffsausgleich in den Naturhaushalt nicht nachgekommen ist. Unser
40 Langfristiges Ziel ist es den Flächenverbrauch auf 0 zu reduzieren. Bei Vergabe

41 von Gewerbeflächen muss stets den Einfluss auf die Umwelt von Produkten und
42 Produktionsverfahren berücksichtigt werden. Wir unterstützen Unternehmen, die
43 umwelttechnologische Innovationen vorantreiben.

44 Vergabepolitik

45 Wir wollen die Transformation der Wirtschaft auch über die Vergabe Kommunaler
46 Aufträge stärker vorantreiben. Dazu fordern wir einen Aktionsplan für
47 ökologische und soziale Beschaffung mit klaren Zielvorgaben, einheitlichen
48 Arbeitshilfen, Fortbildungs- und Vernetzungsmöglichkeiten und einer zentralen
49 Service- und Beratungsstelle.

50 Innenstadt als Wirtschaftsstandort

51 Die Freiburger Innenstadt bietet sehr gute Voraussetzungen für einen
52 funktionierenden und breit aufgestellten Wirtschaftsstandort für Händler und
53 Dienstleister, sowie auch für Kultur- und Kreativwirtschaft. Eine Stadt wie
54 Freiberg hat eine gute Chance durch gezieltes Ansiedeln von möglichst
55 individuellen und Kleingewerben eine Abgrenzung zu großen Handelsstandorten
56 herzustellen und den Tourismus neben den bestehenden Attraktionen wie
57 Mineralienausstellung und Dom zu beleben. Das muss ein bedeutender
58 Wirtschaftsfaktor werden, der Arbeitsplätze schafft und zur Wertschöpfung
59 beiträgt.

60 Wirtschaft und Verkehr

61 Die Erreichbarkeit des Stadtzentrums, aber auch der Wirtschaftsstandorte mit dem
62 Personen- sowie dem Güterverkehr muss umweltfreundlich und damit zukunftsweisend
63 organisiert werden.

64 In der Innenstadt sollte über die Möglichkeit einer City-logistik zur
65 Anlieferung nachgedacht werden.

A10 Kultur

Gremium: Schreibgruppe
Beschlussdatum: 11.03.2019
Tagesordnungspunkt: 1. Programmkapitel

Text

- 1 Der Förderung von Kunst und Kultur als öffentliche Aufgabe kommt in unseren
2 Augen ein besonderer Stellenwert zu. Durch die Förderung, Erhalt und Ausbau der
3 Infrastruktur wird unter anderem die im Grundgesetz verankerte Kunstfreiheit
4 sichergestellt. Weiterhin sind Kunst & Kultur wichtige Möglichkeiten der
5 Identitätsbildung., Diese tragen aktiv zu Kritik, politischer oder
6 gesellschaftlicher Diskussion und zur Suche nach persönlichen und
7 gesellschaftlichen Visionen bei. Sie sorgen außerdem für die Erweiterung des
8 Freizeitangebots und schaffen einen nicht zu verachtenden Standortfaktor.
- 9 Zum einen geschieht diese Förderung im Erhalt und Unterstützung des
10 mittelsächsischen Theaters, der Bibliotheken, der Veranstaltungsräume, der
11 Ausstellungsräume sowie dem Angebot von Veranstaltungen durch die Stadt
12 Freiberg. Der Erhalt und Ausbau der klassischen Kulturangebote ist dabei
13 gleichermaßen Aufgabe, wie die Verbesserung des Zugangs für Bürger ungeachtet
14 jedweder Einschränkungen. Es muss jedem Bürger möglich sein die kommunalen
15 kulturellen Angebote möglichst barrierearm wahrnehmen zu können.
- 16 Zum anderen wünschen wir uns eine Öffnung des Kulturstandorts Freibergs
17 hinsichtlich zeitgenössischer Kultursparten. Junge Kultur, wie zum Beispiel
18 Graffiti oder Musikrichtungen wie Techno, haben nach unserer Auffassung eine
19 unmittelbare Berechtigung als etablierte Kultursparten wahrgenommen und
20 gleichermaßen gefördert zu werden. Die Notwendigkeit zeigt sich deutlich in der
21 wachsenden Zahl an Akteuren und Interessierten. Entwicklungen der Großstädte
22 zeigen ebenfalls die Relevanz der jungen Kulturtechniken.
- 23 Mit der Schaffung von Gestaltungsräumen, die barrierearm und einfach für
24 Ideenhaber zur Verfügung gestellt werden können entstehen Begegnungsräume und
25 Experimentierflächen für alle Bürger. Mit der Schaffung einer Kultur des
26 Ermöglichens bieten sich vollkommen neue und unerwartete Arten
27 bürgerschaftlichen Engagements. Wir plädieren für die Einrichtung und Aufbau
28 eines Portfolios an Gestaltungsräumen, das den Bürgern als kommunaler Service
29 zur Verfügung gestellt wird. In der Vollendung umfasst dieses Angebot
30 Freiflächen und -räume, die zur Begegnung, störungsfreier Darbietung von
31 musikalischen oder sonstigen kulturellen Aufführungen oder zur
32 gemeinschaftlichen handwerklichen oder kreativen Gestaltung genutzt werden
33 können.
- 34 Unser Ziel ist die Schaffung eines neuen Kulturverständnis der Stadt Freiberg in
35 der moderne und klassische Kulturelemente parallel existieren.
36 Bürgerschaftliches Engagement soll verstärkt gefördert werden und damit
37 gestalterische Mittel und Beteiligungsmöglichkeiten schaffen.

A11NEU Bürgerbeteiligung & Transparenz

Gremium: Schreibgruppe
Beschlussdatum: 11.03.2019
Tagesordnungspunkt: 1. Programmkapitel

Text

- 1 Mehr Transparenz und Mitbestimmung für Freiberg!
- 2 Transparenz und Mitbestimmung ist ein Querschnittsthema für alle Politikebenen
- 3 und Politikbereiche. Auch die Stadt Freiberg hat hier vielfältige Möglichkeiten
- 4 zu handeln.
- 5 Freiberg beteiligt regelmäßig die BürgerInnen der Stadt. Wer aber zu einem
- 6 speziellen Termin verhindert ist, hat kaum Möglichkeiten sich außerhalb der
- 7 Freien Presse umfassend zu informieren.
- 8 Deshalb fordern wir: Transparenz über das Internet.
- 9 Die Stadt Freiberg betreibt ein Rats- und Bürgerinformationssystem (BIS), das
- 10 dem Namen nicht gerecht wird. Seit 2013 werden nur noch die Tagesordnungen
- 11 öffentlicher Sitzungen und die dort gefassten Beschlüsse auszugsweise
- 12 veröffentlicht. Da keinerlei Erläuterungen zum Sachverhalt dokumentiert werden,
- 13 sind die Entscheidungen des Stadtrates nur schwer nachzuvollziehen. Wir fordern
- 14 den Ausbau des BIS zu einem echten Informationssystem. Durch die Aktuelle
- 15 Informationspolitik wird die Zivilgesellschaft von der Diskussion über
- 16 Beschlussvorlagen ausgeschlossen, da sie erst nach dem Beschluss hiervon
- 17 erfährt. Es müssen neben Tagesordnung, vollständigen Niederschriften der
- 18 öffentlichen Sitzungen des Stadtrates auch die Beschlussvorlagen mindestens
- 19 sieben Tage vor der jeweiligen Sitzung online gestellt werden.
- 20 Nicht nur der Stadtrat soll transparenter werden - sondern ebenso die
- 21 Stadtverwaltung. Mit dem Beschluss einer Informationsfreiheitsatzung wollen wir
- 22 den BürgerInnen einfach und schnell nach dem Vorbild des
- 23 Informationsfreiheitsgesetzes die Möglichkeit geben uneingeschränkt fragen an
- 24 die Dafür zuständigen stellen zu geben . Wenn möglich, sollen Fragen und
- 25 Antworten über das Internet öffentlich gemacht werden.
- 26 Auch die Einwohnerfragestunde soll online möglich sein. Ähnlich eines Forums
- 27 sollen dabei Fragen und Antworten für alle BürgerInnen dauerhaft dokumentiert
- 28 bleiben.
- 29
- 30 Um die Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung zu Stärken wollen wir das Quorum für
- 31 Bürgerentscheide auf 5% herabsetzen.

A12NEU Kinder & Jugend

Antragsteller*in: Johannes Brink (Mittelsachsen KV)

Tagesordnungspunkt: 1. Programmkapitel

Text

1 Wertschätzung

2 Kinder und Jugendliche sind die Gestalter unserer Zukunft, jede Investition in
3 sie und für sie lohnt sich. Leider haben sie keine eigene Lobby. Es ist eine
4 gesamt-gesellschaftliche Aufgabe, unsere Stadt gerade auch für Kinder und
5 Jugendliche lebenswert zu machen. Zentraler Ansatzpunkt hierfür ist
6 Wertschätzung sowohl für die Kinder und Jugendlichen selbst als auch für ihre
7 Eltern, LehrerInnen, ErzieherInnen und andere Personen, die sich für sie
8 einsetzen.

9 Mitsprache

10 Auf politischer Ebene kann das Kinder- und Jugendparlament eine zentrale Rolle
11 spielen. Seine Rolle muss erhalten und gestärkt werden. Eine Möglichkeit besteht
12 darin, dass der Stadtrat verpflichtet werden sollte, Beschlüsse des Kinder- und
13 Jugendparlaments zeitnah zu beraten. Hierbei wollen wir auch ein Rederecht des
14 Kinder- und Jugendparlaments im Stadtrat etablieren.

15 Eine kinderfreundliche Stadt

16 Ein Ansatzpunkt hierfür ist die Verkehrspolitik. Das betrifft sichere Übergänge
17 gerade über die verkehrsreichen Bundesstraßen und mehr Radverkehrsflächen. Die
18 Wege zum nächsten Spielplatz sind für viele Kinder sehr weit und oft ohne
19 elterliche Begleitung nicht sicher zu bewältigen.

20 Raum für Kinder und Jugendliche schaffen

21 Bei schlechtem Wetter sind Angebote, wie sie insbesondere das Pi-Haus bieten
22 kann, von zentraler Bedeutung.

23 Bei Angeboten sollte außerdem im Blick behalten werden, dass sie sich möglichst
24 an die gesamte Familie richten. Eine separate Kinderbetreuung alleine ist nicht
25 ausreichend.

26 Noch schwieriger ist die Situation für Jugendliche. Sie haben ein immer stärker
27 werdendes Bedürfnis nach Autonomie von Eltern und Erzieher*innen/Lehrer*innen.
28 Es gibt aber nur wenige Räume, in denen sie sich treffen und verwirklichen
29 können. Mehr Angebote wie Probenräume für Musikbands, offene Sportanlagen oder
30 Jugendclubs wären hier hilfreich.

31 Es ist uns wichtig, dass die Kinder und Jugendlichen Möglichkeiten haben, diese
32 Angebote mit zu bestimmen, z.B. über das Kinder- und Jugendparlament. Wir wollen
33 hierbei neue Wege gehen in dem Wissen, dass diese scheitern können. Das kann die
34 Akzeptanz der Angebote deutlich erhöhen.

35 Hilfe in Krisensituationen

36 Die Pubertät ist eine spannende Zeit. Die Welt öffnet sich, völlig neue
37 Möglichkeiten tun sich auf. Manchmal ist es aber auch eine krisenhafte Zeit.

38 Konflikte mit und im Elternhaus häufen sich. Unter den neuen Möglichkeiten sind
39 auch solche, die sich als Irrwege und Sackgassen erweisen.

40 Suchtprobleme in all ihren Spielarten (Alkohol, Drogen, übermäßige
41 Computernutzung, etc.) können auftreten. Hier benötigen Jugendliche kompetente
42 Ansprechpartner*innen, die leicht zugänglich und vertrauenswürdig sind. Wir
43 unterstützen diese wichtige Aufgabe und setzen uns für eine kontinuierliche und
44 ausreichende Finanzierung entsprechender Angebote ein.

A13NEU ? Sicherheit - für jeden, ohne Ansehen der Person!

Gremium: Schreibgruppe
Beschlussdatum: 11.03.2019
Tagesordnungspunkt: 1. Programmkapitel

Text

1 Das Thema Sicherheit beschäftigt viele BürgerInnen in Freiberg, da das Land
2 Sachsen in den letzten Jahren massiv bei der Polizei gespart hat, was jetzt erst
3 vor kurzer Zeit wieder durch die Landesregierung korrigiert wurde.

4 Dieser sichtbare Rückgang der Polizeipräsenz im Alltag hat, zusammen mit der
5 fast zeitnahen erhöhten Präsenz von Zuwanderern und Geflüchteten, teilweise zu
6 einem Gefühl der Verunsicherung in der Bevölkerung geführt. Da die
7 Polizeistatistik jedoch keine signifikante Steigerung der Kriminalität ausweist,
8 handelt es sich hierbei vorrangig um einen Rückgang der „gefühlten Sicherheit“.
9 Objektiv ist Freiberg nach wie vor eine Stadt mit geringer Kriminalität und
10 seltenen gewalttätigen öffentlichen Zusammenstößen zwischen Personengruppen
11 unterschiedlicher Herkunft oder Meinung. Wir wollen, dass das auch in Zukunft so
12 bleibt.

13 Der Stadtordnungsdienst soll hier also eine Lücke schließen, die ohne diese
14 überzogenen Einsparungen niemals entstanden wäre. Wir wollen lieber mehr voll
15 ausgebildete Polizeipräsenz, da nur so das staatliche Gewaltmonopol dauerhaft
16 und verantwortungsvoll aufrecht erhalten werden kann. Sobald das erreicht wurde,
17 sollte das, durch einen entsprechend verkleinerten Stadtordnungsdienst,
18 eingesparte Geld wieder für andere kommunale Aufgaben verwendet werden. Aus
19 unserer Sicht ist bis dahin für eindeutige Transparenz bzgl. der Aufgaben und
20 Befugnisse, gerade in Abgrenzung zur regulären Polizei, zu sorgen und ggf. sind
21 auch die Einsatzschwerpunkte in diesem Zusammenhang nochmal neu zu überdenken.

22 Neben dem Stadtordnungsdienst hat die Stadtverwaltung auch die Videoüberwachung,
23 insbesondere als Reaktion auf verstärkte Sachbeschädigungen an bestimmten Orten,
24 in Freiberg eingeführt. Auch wenn dies unter Umständen sinnvoll sein kann,
25 möchten wir hierzu eine klare Evaluierung von Kosten und Nutzen dieser Maßnahme
26 erreichen.

27
28 Das Alkoholverbot im Albertpark wollen wir zurück nehmen. Es verringert kein
29 Problem sondern verschiebt es nur.

30 Gefährliche Orte

31 Noch 2017 stufte die Polizei insgesamt 29 Orte in Freiberg als s.g. „Gefährliche
32 Orte“ ein, das war eine deutlich größere Zahl als in mancher bundesdeutschen
33 Großstadt. In 2018 wurde die Anzahl der „Gefährlichen Orte“ in Freiberg von der
34 Polizei dann auf 5 gesenkt, was aus unserer Sicht auch wesentlich plausibler
35 ist. Als direkte Folge dieser Einstufung kann die Polizei an diesen Orten zum
36 Beispiel anlasslose und damit willkürliche Personenkontrollen durchführen, was
37 einen klaren Eingriff in die Bürgerrechte darstellt.

38 Leider sind die Kriterien für diese Einstufung für außenstehende nicht
39 nachvollziehbar, hier wollen wir zukünftig mehr Transparenz schaffen, auch um

40 einer scheinbar willkürlichen Stigmatisierung von bestimmten Adressen
41 vorzubeugen.

42 Wir sind daher der Überzeugung, dass bei allen Maßnahmen zur Erhöhung der
43 Sicherheit immer eine sorgfältige Abwägung zwischen einem Eingriff in die
44 Bürgerrechte und dem daraus objektiv entstehendem Nutzen für die Sicherheit
45 erforderlich ist. Eine reine Verdrängung von Problembereichen in andere
46 Stadtteile reicht nach unserer Meinung für die Einführung solcher Maßnahmen
47 nicht aus und stellt auch keine Lösung dar.

48 Sicherheit auch Digital denken

49 Wie das Bekanntwerden der Voll-Überwachung des Internets durch
50 Überwachungsprogramme der Geheimdienste zeigt, müssen die Anstrengungen
51 verstärkt werden, die IT-Sicherheit im Netz zu erhöhen. Wir setzen uns dafür
52 ein, dass die Stadt anonymisierte Kommunikation mit Einwohner*innen ermöglicht
53 und fördert, sowie die End-zu-End-Verschlüsselung bei der Datenverarbeitung auch
54 zwischen Behörden und Verwaltungsmitarbeiter*innen flächendeckend gewährleistet
55 ist.